

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0495/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 26.08.2022
		Verfasser/in: FB 61/010, Dez. III
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 23.06.2022 (öffentlicher Teil)		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
01.12.2022	Mobilitätsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Mobilitätsausschusses am 23.06.2022.

Anlage/n:

Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Mobilitätsausschusses am 23.06.2022

N i e d e r s c h r i f t
Sitzung des Mobilitätsausschusses

18. November 2022

Sitzungstermin:	Donnerstag, 23.06.2022
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	21:36 Uhr
Ort, Raum:	Konferenzraum 1, EUROGRESS AACHEN, Monheimsallee 48, 52062 Aachen

Anwesende:

Ratsfrau Monika Annette Wenzel	Vorsitzende
Ratsherr Peter Blum	
Ratsherr Matthias Achilles	
Ratsfrau Gaby Breuer	
Ratsherr Achim Ferrari	Vertretung für: Ratsherr Dr. Sebastian Breuer
Ratsherr Wilfried Fischer	
Ratsherr Daniel Hecker	
Ratsherr Hermann Josef Pilgram	Vertretung für: Ratsherr Kaj Neumann
Ratsherr Michael Servos	Vertretung für: Ratsfrau Ye-One Rhie

Herr Stefan Dussin
Herr Burkhard Fahl
Herr Christian Hofmann
Herr Jörg Hans Lindemann
Herr Dr. Andreas Nositschka
Herr Nicolai Vincent Radke
Herr Dr.-Ing. Jan van den Hurk
Herr Jörg Veltrup
Herr Rolf Winkler

Abwesende:

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer	entschuldigt
Ratsherr Kaj Neumann	entschuldigt
Herr Eyüp Özgün	entschuldigt
Frau Ye-One Rhie	entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff	Dez. III
Frau Strehle	FB 61
Herr Müller	FB 61
Herr Schuster	FB 60
Herr Costard	Dez. I
Herr Beckers	FB 13
Herr Dohmen	FB 20
Herr Meiners	FB 36
Herr Geulen	FB 61

vom Beirat:

Frau Dr. Driessen	ASEAG
Herr Adler	ASEAG

als Schriftführerin:

Frau Löhner

FB 61

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 17.02.2022 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 61/0413/WP18

- 3 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 17.03.2022 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 61/0421/WP18

- 4 **Vaalser Straße im Bereich Vaalserquartier: Anpassung des Straßenraums nach Asphaltdeckensanierung**
Vorlage: FB 61/0348/WP18

- 5 **Stadtbäume besser schützen und in ihrer Vitalität erhalten**
Ratsantrag der Fraktion GRÜNE Nr. 143/18
Anträge zur Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 14.6.2022 sowie zur Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 14.9.2022
Vorlage: FB 36/0169/WP18

MA/18/WP18

Ausdruck vom: 22.11.2022

Seite: 3/30

- 6 **Lichtverschmutzung reduzieren – Dark-Sky-Kommune, Sachstand & Handlungsempfehlungen, Ratsantrag Nr 088/18 der Fraktion die Linke**
Vorlage: FB 36/0138/WP18

- 7 **Straßenbeleuchtungsanlagen – Prioritätenliste 2022**
Vorlage: FB 61/0400/WP18

- 8 **Mobilitätsstrategie 2030: Lagebericht Mobilität 2021**
Vorlage: FB 61/0429/WP18

- 9 **Mobilitätsstrategie 2030: Beschluss der Strategie Radverkehr**
Vorlage: FB 61/0430/WP18

- 10 **Angebotsausweitung zur Mobilitätswende: Finanzierungsansätze für den Umweltverbund**
Vorlage: FB 61/0432/WP18

- 11 **Mobilitätswende umsetzen: ÖPNV-Ausbau 2023**
Vorlage: FB 61/0433/WP18

- 12 **IKSK 2020: Verstetigung Betriebliches Mobilitätsmanagement ("Aachen clever mobil")**
Vorlage: FB 61/0431/WP18

- 13 **Optimierung der Ampelschaltungen an Premiumfußwegen**
Antrag der Fraktion Die Linke vom 2.9.21
Vorlage: FB 61/0376/WP18

- 14 **Dauffenbachstraße**
Abrechnung der Erschließungsanlage gemäß §§ 127 ff. Baugesetzbuch (BauGB) zum Zwecke der Erhebung von Erschließungsbeiträgen
Vorlage: FB 60/0053/WP18
- 15 **Südstraße**
von Boxgraben bis Reumontstraße/Mozartstraße
Abrechnung der als Haupterschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage gemäß § 8 KAG zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen
Vorlage: FB 60/0056/WP18
- 16 **Lothringerstraße von Richardstraße bis Wilhelmstraße**
Abrechnung der als Haupterschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage gemäß § 8 KAG zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen
Vorlage: FB 60/0057/WP18
- 17 **Fortschreibung Straßen-und Wegekonzept Stand Mai 2022**
Vorlage: FB 60/0058/WP18
- 18 **Sachstand Unterflurcontainer;**
hier: Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Aachen vom 6.9.2021;
Ratsantrag vom 17.9.2019 der Fraktion Die Linke „Neugestaltung von Plätzen und Straßen mit Unterflurcontainern“
Vorlage: FB 61/0239/WP18
- 19 **Sachstand Brücke Turmstraße**

- 20 **Reallabor Templergraben, hier: Öffnung zur Aufrechterhaltung des Verkehrsflusses
TO-Antrag der CDU-Fraktion vom 01.06.2022**
- 21 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 22 **Sachstand zum Ratsantrag "Neugestaltung der Hartmannstraße" vom 23.01.2020
Antrag zur Tagesordnung der Fraktion Die Zukunft vom 08.06.2022**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am
17.02.2022 (nichtöffentlicher Teil)
Vorlage: FB 61/0414/WP18**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am
17.03.2022 (nichtöffentlicher Teil)
Vorlage: FB 61/0422/WP18**
- 3 **Radstation Hauptbahnhof:
Konzept für die Entwicklung am neuen Standort "Bluegate" sowie in der Bahnhofstraße
Vorlage: FB 61/0425/WP18**
- 4 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Wenzel eröffnet die Sitzung des Mobilitätsausschusses und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter*innen des Beirats, der Verwaltung, der Öffentlichkeit und der Presse zur Sitzung, die im Sitzungssaal K1/ K2 im Eurogress stattfindet.

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie äußert sie die Bitte, während der Sitzung eine Maske zu tragen.

Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest sowie den rechtzeitigen Eingang der Einladung.

Es werden folgende Änderungswünsche und Anträge zur Tagesordnung (TO) gestellt:

- Frau Wenzel schlägt vor, TOP 12 zu vertagen, da keine Vorlage vorliegt.

- Herr Dr. van den Hurk beantragt für die SPD Fraktion, TOP 6 zu verschieben wegen Beratungsbedarfs.

Die Vorlage sei nicht so umfangreich wie gewünscht. Auch sei man nicht eingeladen worden, am Ortstermin teilzunehmen. Das solle nachgeholt werden.

Ein Vertreter der Regio Netz bietet an, dies am 6. Juli nachzuholen.

Die Anträge werden einstimmig angenommen und die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 17.02.2022 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 61/0413/WP18

Herr van den Hurk hat folgende Anmerkung zu TOP 12 der Niederschrift:

Nach seiner Erinnerung habe er den Gutachter gefragt, ob bei einer Sperrung des Templergrabens nicht auch der Annuntiatenbach gesperrt werden müsste. Dieser habe in seiner Antwort bejaht, dass bei einer Sperrung des Templergrabens auch der Annuntiatenbach gesperrt werden müsse.

Mit dieser Änderung fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

MA/18/WP18

Ausdruck vom: 22.11.2022

Seite: 7/30

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Mobilitätsausschusses am 17.02.2022.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 1 Enthaltung wegen Nichtanwesenheit

zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 17.03.2022 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 61/0421/WP18

Herr Achilles hat folgende Anmerkung zu TOP 15 der Niederschrift:

Er hoffe zwar, dass dieses Thema der Fraktion Die Linke auch am Herzen liegt, er habe aber im Namen der Fraktion Die Zukunft gesprochen.

Mit dieser Änderung ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 17.03.2022 (öffentlicher Teil)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 5 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

zu 4 Vaalser Straße im Bereich Vaalserquartier: Anpassung des Straßenraums nach Asphaltdeckensanierung

Vorlage: FB 61/0348/WP18

Herr Geulen (FB 61) wird von Herrn Müller als Mitarbeiter im AachenMooVe! Team vorgestellt. Er hält einen Vortrag; die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung einsehbar.

Die BV Laurensberg hat in ihrer Sitzung mehrheitlich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu Variante 3a gestimmt.

Frau Breuer dankt für den souveränen Vortrag und stellt eine Frage zu den Grenzparkplätzen, die Herr Geulen beantwortet.

Herr Achilles trägt für seine Fraktion Die Zukunft folgenden Änderungsvorschlag vor:

„Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, die Planung und Ausführung von Variante 4. Abschnitte, die ohne Umbau realisierbar sind, sollen als Zwischenlösung zuerst eingerichtet werden.“

Herr Fischer erklärt, die Grünen würden sich dem Änderungsvorschlag zu Variante 4 anschließen. Man müsse pragmatisch denken und schnell zu einem Ergebnis kommen.

Herr Lindemann weist darauf hin, dass die Alte Vaalser Straße beschlossen sei. Die RVR gehe nicht über die neue Fahrbahn. Er kritisiert, dass ein Zwischenstück von 130 m komplett anders aussehe. Ein Ziel des Radentscheids sei aber die einheitliche Gestaltung. Seine CDU Kollegen seien für Variante 2a; 2b könnten sie sich als Kompromiss vorstellen. Es sei zwar teurer, aber auf der Südseite einheitlich.

Herr Dr. van den Hurk zeigt sich erfreut, wie detailliert die CDU Fraktion sich mit dem Radentscheid auseinandersetze. Die SPD Fraktion habe das Ziel: Radwege müssen sicher sein. Sie habe einen hohen Qualitätsanspruch. Deshalb schließe sie sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an. Zur Alten Vaalser Straße erklärt er, es hänge von den unterschiedlichen topographischen Lagen ab, deshalb gebe es 2 Routen.

Auf die Eingabe des Herrn Servos (SPD) zur Diskussion um Parkplätze, an der Stadtgrenze sollte man von vorne herein Parkplätze mit einplanen und den Ausbau möglichst zügig vorantreiben, antwortet Fr. Strehle, die Verwaltung nehme den Hinweis gerne auf und werde ihn bei den Planungen berücksichtigen.

Herr Hofmann kritisiert, dass die Parkplätze zu weit außerhalb liegen würden. Man könne den Stadtrand für den Pendlerverkehr nutzen. Er finde es nicht i. O., zwei parallele Streifen für den Radverkehr vorzuhalten, während die Anwohner außen vor bleiben. Für ihn seien deshalb nur Variante 2 (a oder b) diskussionswürdig.

Herr Blum dankt Herrn Geulen für den Vortrag. Es handle sich hier um Hauptverkehrsstraßen, dem müsse man Rechnung tragen. Auch zeige sich an der Auslastung der Parkplätze tagsüber, dass man hier mit Besucherverkehr zu tun habe. Bei jeder Baumaßnahme würden Parkplätze wegfallen, zum Nachteil hauptsächlich für die Anwohner. Für seine Fraktion FDP sei Variante 2a möglich, der Kompromiss gehe Richtung Variante 2b.

Herr Achilles widerspricht Herrn Blum. Man müsse beachten, dass es hier um die Vaalser Straße geht. Zurzeit hindere man den Radverkehr, wenn diese Variante beschlossen werden sollte.

Frau Breuer entgegnet, sie finde das nicht i. O. Man habe mehrere Runden mit den Bürgern gedreht. Wenn man sie ernst nehme, müsse man auch deren Argumente ernst nehmen. Es könne nicht immer nur eine Lobby für den Radverkehr geben, auch die Fußgänger und Anwohner müssten Gehör finden, die Bürger, die mitarbeiten und mitgestalten wollen. Sonst führe das zu Politikverdrossenheit.

Herr Lindemann stellt fest, zurzeit stehe die Variante 3a zur Abstimmung. Er beantragt, über die Varianten 2a + 2b abzustimmen.

Herr Fischer sieht für seine Partei Die Grünen den Wahlauftrag, u. a. den Radentscheid umzusetzen. Dieser habe außerdem eine hohe Zahl an Befürwortern erfahren. Die Interessen der Bürger würden nicht ungehört bleiben.

Frau Wenzel dankt der Verwaltung für die Bürgerbeteiligung. Letzten Endes hätten sich die Meisten für den Ausbau des Radverkehrs ausgesprochen, eine exclusive Minderheit habe sich für den Erhalt der Parkplätze ausgesprochen.

Die Vorsitzende lässt zunächst über den Beschlussvorschlag der Fraktion Die Zukunft abstimmen.
Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 9 Stimmen bei 8 Zustimmungen

Danach erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.
Der Ausschuss fasst somit folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt die Planung und Ausführung von Variante 3a.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich mit 11 Stimmen bei 6 Gegenstimmen

zu 5 Stadtbäume besser schützen und in ihrer Vitalität erhalten

Ratsantrag der Fraktion GRÜNE Nr. 143/18

Anträge zur Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 14.6.2022 sowie zur Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 14.9.2022

Vorlage: FB 36/0169/WP18

Herr Meiners hält einen Vortrag und verweist auf den Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz.

Herr Pilgram ist der Meinung, wenn ein Baum kaputt gehe, sei vorher etwas falsch gemacht oder unterlassen worden. Deshalb sei dieser Beschluss sehr wichtig. Viele Parkplätze seien illegal und es sei deshalb gut, dass die Verwaltung jetzt tätig werde. Ihn interessiere es, wie die Verwaltung verfahren wird. Sie wolle ein Konzept, seiner Meinung nach könne sie aber jetzt schon eingreifen. Er nennt Beispiele, wo Bäume ungeschützt seien.

Er richtet an die Verwaltung die Frage, ob sie nicht jetzt schon Bäume schützen kann, wo schon jetzt das Parken nicht erlaubt ist. Wo es erlaubt ist, könne man dann überlegen, wie man vorgeht.

Herr Meiners erklärt, es gebe weit über 40.000 Bäume im Stadtgebiet. Es solle eine Prioritätenliste erstellt und im Haushalt abgebildet werden, natürlich nach vorheriger Abstimmung mit der Politik. Es reiche nicht, nur Pfähle einzusetzen, sondern es seien umfangreiche Maßnahmen erforderlich. Auch heute würden einzelne Standorte angegangen, das sei aber nur punktuell, nicht strategisch.

Aufgrund der Nachfrage des Herrn Pilgram, was gegen das illegale Parken unternommen wird, antwortet Herr Meiners, das sei ein eigenes Thema, aber auch das wolle man in Zukunft strategisch angehen.

Herr Servos pflichtet Herrn Pilgram bei. Wichtig sei, dass der Wille da ist, ein Konzept zu erarbeiten. Das sollte aber nicht heißen, andere Maßnahmen nicht anzugehen, die schon jetzt möglich sind, auch ohne, dass es eines politischen Beschlusses bedürfe.

Frau Breuer hat eine Anmerkung zur Oppenhoffallee. Dort seien überall kleine Bäume gepflanzt worden, aber ganz eng. Wenn diese größer werden, nehmen sie mehr Platz ein und könnten Sicht wegnehmen. Herr Meiners erwidert, es handle sich um eine geschützte Allee. Man habe das alte Raster übernommen. Im AUK habe die Verwaltung seinerzeit eine radikale Idee vorgestellt, die aber nicht gewollt war. Es gebe dort Handlungsbedarf. Er halte es nicht für ausgeschlossen, dass man dort in 10 Jahren eine völlig andere Situation vorfinde.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Hauptausschuss, die Verwaltung damit zu beauftragen, in öffentlichen Verkehrsflächen das Parken von Kraftfahrzeugen auf unbefestigten Baumstandorten bzw. Pflanzflächen im Grundsatz zu unterbinden. Die konkreten Maßnahmen in einzelnen Straßen sind den jeweils zuständigen Fachausschüssen und Bezirksvertretungen individuell zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 6 Lichtverschmutzung reduzieren – Dark-Sky-Kommune, Sachstand & Handlungsempfehlungen, Ratsantrag Nr 088/18 der Fraktion die Linke
Vorlage: FB 36/0138/WP18**

Gemäß Beschluss in TOP Ö.I wird dieser TOP vertagt.

**zu 7 Straßenbeleuchtungsanlagen – Prioritätenliste 2022
Vorlage: FB 61/0400/WP18**

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der Beleuchtungsmaßnahmen 2022 in der vorgeschlagenen Reihenfolge, soweit die rechtskräftig verfügbaren Haushaltsmittel ausreichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 8 Mobilitätsstrategie 2030: Lagebericht Mobilität 2021
Vorlage: FB 61/0429/WP18**

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht zum Lagebericht Mobilität 2021 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Mobilitätsstrategie 2030: Beschluss der Strategie Radverkehr**Vorlage: FB 61/0430/WP18**

Herr Lindemann trägt im Namen seiner Fraktion CDU einen geänderten Beschlussvorschlag vor und begründet diesen:

„ Der Mobilitätsausschuss beschließt die Strategie Radverkehr als Leitlinie für Entscheidungen zur Förderung des Radverkehrs in Aachen *mit der Maßgabe, bei baulichen Trennungen darauf zu achten, dass entsprechend Ziel 3 des Ratsbeschlusses zum Radentscheid die Radwege ohne Flächenminderung für Fußverkehr und ÖPNV entstehen, sowie gemäß der beauftragten Fortschreibung des IKSK in Folge des vom Rat angenommenen Klimaentscheids, Hemmnisse für den ÖPNV prioritär zu reduzieren.*“

Herr Fischer erklärt, die Fraktion Grüne wolle ein Strategiekonzept für den Radverkehr beschließen, an dieser Stelle keine Strategieentscheidung für jeden Einzelfall vornehmen, da jeder Einzelfall auch einzeln betrachtet werden müsse. Er finde es falsch, die einzelnen Verkehrsarten gegeneinander auszuspielen. Es gehe hier um sicheren Radverkehr.

Herr Achilles schließt sich den Ausführungen des Herrn Fischer an. Die Abwägung obliege dem Ausschuss, der über allgemeine Leitlinien für den Radverkehr entscheiden sollte. Er gebe der CDU Recht, dass Fußverkehr und ÖPNV dabei beachtet werden müssen. Seine Fraktion Die Zukunft könne diesem Zusatzbeschlussvorschlag dennoch nicht zustimmen. Er würde sich wünschen, einen solchen Änderungsvorschlag vorher der Lenkungsgruppe vorzutragen.

Frau Breuer weist darauf hin, wenn man über die Verkehrswende rede - das sei das Wort des Jahres - sei damit verbunden, dass im Haushalt enorme Summen zur Verfügung gestellt werden müssten. Sie könne nur mit einem funktionierenden ÖPNV gelingen. Sie verstehe nicht, dass es, wenn man etwas anderes vorschläge, immer heißt, man sei gegen den Radverkehr.

Herr Servos entgegnet, er habe den CDU-Antrag nicht als gegen den Radverkehr interpretiert, aber er sei

redundant. Deswegen befürworte er ihn nicht. Man sollte solch einen Einzelfall in einem Grundsatzbeschluss nicht so betonen bzw. gewichten, bei allen anderen Aspekten, die zu berücksichtigen sind.

Herr Hofmann findet den Antrag der CDU gar nicht so schlecht. Er nennt Beispiele wie die Spur Richtung Elsassplatz. Es sei eine Summe von Einzelfällen, die insgesamt den ÖPNV schwächen.

Herr Lindemann erklärt, seine Fraktion werde bei Beschlüssen immer darauf Acht geben, dass für den ÖPNV genügend Platz bleibt. Seine Fraktion habe erreicht, was sie wollte, eine Diskussion darüber. Er gibt zu Protokoll, dieser Antrag sei geltende Beschlusslage, es könne keinen Widerstand dagegen geben.

Die Vorsitzende Frau Wenzel lässt in folgender Reihenfolge abstimmen:

1. Antrag auf Beschlusserweiterung der CDU
Abstimmungsergebnis: 6 Zustimmungen bei 11 Gegenstimmen
2. Beschlussvorschlag der Verwaltung
Abstimmungsergebnis: 12 Zustimmungen bei 5 Enthaltungen

Der Ausschuss fasst somit folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Strategie Radverkehr als Leitlinie für Entscheidungen zur Förderung des Radverkehrs in Aachen.

Abstimmungsergebnis:

12 Stimmen bei 5 Enthaltungen

Die Vorsitzende legt eine Pause von 10 Minuten bis 18:40 Uhr fest.

**zu 10 Angebotsausweitung zur Mobilitätswende: Finanzierungsansätze für den Umweltverbund
Vorlage: FB 61/0432/WP18**

Herr Müller hält einen Vortrag, der auch als Anlage zur Sitzung einsehbar ist.

Herr Lindemann liest im Namen seiner Fraktion CDU einen geänderten Beschlussvorschlag vor, der vorher in schriftlicher Form verteilt worden ist (Änderungen kursiv):

„Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung unter Berücksichtigung der beschlossenen Klimaschutzziele, das Maßnahmenpaket zur Angebotsausweitung weiter zu entwickeln und *die notwendigen Bedarfe und Informationen zur Finanzierung dem Arbeitskreis ÖPNV-Finanzierung des Finanzausschusses zur weiteren Beratung vorzulegen.*“

Wenn man zustimme, müsse man es auch finanzieren. Man habe diesen Arbeitskreis und dürfe ihn nicht übergehen.

Für Herrn Fischer steht der ursprüngliche Vorschlag der Verwaltung für sich. Alle seien sich einig, dass der ÖPNV ausgebaut werden soll. Das müsse nicht im nächsten Monat geschehen. Deshalb solle dieser Grundsatzbeschluss gefasst werden. Man sollte nicht eine Extra-Schleife drehen. Es werde sowieso in vielen Gremien, u.a. auch im Arbeitskreis, beraten.

Herr Pilgram pflichtet seinem Vorredner bei. Er sei im Finanzausschuss und wolle das deshalb unterstreichen. Dieser Arbeitskreis sei extra zu diesem Zweck gegründet worden, weshalb dieser Zusatz überflüssig sei und sogar verwirre.

Frau Breuer verweist auf die Vorlage, in der die Verwaltung Finanzierungsmöglichkeiten aufgeführt habe. Deshalb sei es gut, diesen Zusatz hinzuzufügen. Das Ganze müsse finanziert werden, aber nicht nur von Autofahrern. Das bleibe abzuwarten.

Herr Servos erklärt, er könne nicht dagegen stimmen, das dem Arbeitskreis vorzulegen. Das sei keine Verzögerung und nicht überflüssig. Er halte es in der Tat für redundant, aber nicht schädlich.

Die Vorsitzende Frau Wenzel stellt zunächst den Erweiterungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung. Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung unter Berücksichtigung der beschlossenen Klimaschutzziele, das Maßnahmenpaket zur Angebotsausweitung weiter zu entwickeln und *die notwendigen Bedarfe und Informationen zur Finanzierung dem Arbeitskreis ÖPNV-Finanzierung des Finanzausschusses zur weiteren Beratung vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:

15 Zustimmungen bei 2 Enthaltungen

zu 11 Mobilitätswende umsetzen: ÖPNV-Ausbau 2023

Vorlage: FB 61/0433/WP18

Herr Müller hält einen Vortrag, der ebenfalls als Anlage zur Sitzung einsehbar ist. Es sei der nächste Schritt, bezogen auf den vorherigen TOP.

Herr van den Hurk stellt fest, dass alle den ÖPNV stärken wollen. Ein Drittel der Haushalte habe keinen Zugang zu PKW. Die Verkehrswende koste Geld. Damit müsse man verantwortungsvoll umgehen und es sei geboten, es in den Haushalt einzubinden.

Er liest einen Änderungsantrag seiner Fraktion SPD vor, den er vorab per Mail an die Mitglieder versandt hatte (Änderungen kursiv):

„Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung und der ASEAG zur Kenntnis und beschließt, die in der Vorlage dargestellten ÖPNV-Maßnahmen, *vorbehaltlich der Zustimmung des FinA und der Bereitstellung der notwendigen Mittel durch den Haushalt 2023, zum Fahrplanwechsel im Juni 2023 umzusetzen.*

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführung zur Finanzierung mit dem Ziel verbindlicher Beschlüsse zur Haushaltsplanung 2023 *zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung ein Finanzierungskonzept unter Berücksichtigung des Gesamthaushalts zu erstellen.*“

Herr Hofmann stellt Fragen.

Herr Lindemann begründet einen Änderungsantrag der CDU zum Beschlussvorschlag der Verwaltung, der vorab verteilt worden ist und der bereits die Änderungsanträge der Verwaltung und der SPD berücksichtigt; er liest ihn vor:

„Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung und der ASEAG zur Kenntnis und beschließt, die in der Vorlage dargestellten ÖPNV-Maßnahmen, **vorbehaltlich der begleitenden Fortschreibung des Nahverkehrsplans, der Zustimmung des Finanzausschusses und der Bezirksvertretungen sowie** der Bereitstellung der notwendigen Mittel durch den Haushalt 2023, zum Fahrplanwechsel im Juni 2023 umzusetzen.

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführung zur Finanzierung mit dem Ziel verbindlicher Beschlüsse zur Haushaltsplanung 2023 *zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, ein*

MA/18/WP18

Ausdruck vom: 22.11.2022

Seite: 16/30

*Finanzierungskonzept unter Berücksichtigung des Gesamthaushalts zu erstellen **und dieses dem Arbeitskreis ÖPNV-Finanzierung des Finanzausschusses zur weiteren Beratung vorzulegen.***“

(fett= Änderungsantrag der Verwaltung, kursiv=Änderungsantrag der SPD-Fraktion, kursiv/fett=Änderungsantrag der CDU-Fraktion)

Herr Fischer begrüßt im Namen der Grünen, dass es der ASEAG und Verwaltung gelungen ist, solch ein gemeinsames Programm aufzustellen. Notwendig sei, dass alle zügig vorankommen. Er stellt die Fragen, ob die Änderungsvorschläge schädlich sind oder den Verlauf gefährden und ob es rechtlich notwendig ist, die Bezirksvertretungen zu beteiligen. Seiner Fraktion sei es wichtig, dass die ganzen Prozesse, die parallel laufen, vorankommen. Eigentlich sei er der Meinung, dass der von der Verwaltung aufgezeigte Weg ausreiche, aber wenn es keine andere Einigungsmöglichkeit gebe, werde seine Fraktion auch diesen Weg unterstützen.

Frau Dr. Driessen teilt mit, es freue sie sehr, dass die ASEAG dieses Interesse und die Förderung erfahre. Sie beantwortet zunächst die Fragen des Herrn Hofmann.

Ihre Kollegen hätten auf den heutigen Tag sehr gewartet, um die Planungen vorzustellen. Zur Frage, ob es schädlich ist, müsse sie mit ja antworten, denn dann sei nicht sicher, ob man 2023 rechtzeitig die Planungen hinbekomme. Man brauche für einige Linien neue Busse, das würde die ASEAG gerne auf den Weg bringen. Wenn der Ausschuss sich anders entscheide, werde man sich selbstverständlich trotzdem bemühen, aber die Frage sei, ob es dann bis Juni 2023 möglich ist, es zu schaffen.

Herr Ferrari erklärt, wenn es heute so beschlossen werde, würden die Bezirksvertretungen außen vor bleiben. Die Frage sei, welche Konsequenzen es hat, wenn der 2. Teil ausbleibt.

Herr Müller antwortet, in der Vergangenheit sei es, wenn Fahrplanwechsel vorgestellt wurden, auch nicht gelungen, die Bezirke immer einzubinden. Wenn es in den Bezirken punktuelle Abweichungen gibt, habe er die Erfahrung gemacht, dass es kein Problem sei, das zu berücksichtigen. Die BV Aachen-Mitte, die sehr groß ist, werde sich bestimmt über die Verdichtung freuen. Er könne sich nicht an eine Maßnahme in der Vergangenheit erinnern, die kontrovers diskutiert wurde, außer bei der Förderung.

Herr Servos zeigt sich irritiert über die ASEAG, nach dem Beschluss Busse bestellen zu wollen. Der Beschluss mit Haushaltsvorbehalt ändere nichts, da die Finanzierung noch nicht stehe. Der Arbeitskreis sei bewusst gegründet worden. Die Maßnahmen würden auch die Bindung von Personal nach sich ziehen. Er würde sich nicht darauf verlassen, dass alle Maßnahmen auch im Gesamthaushalt abgebildet

MA/18/WP18

Ausdruck vom: 22.11.2022

Seite: 17/30

werden können. Er könne nur dringend raten, vorher den ASEAG-Rat einzuberufen, weil das nicht gedeckt sei.

Frau Breuer schließt sich ihrem Vorredner an; das sei auch ihr erster Gedanke gewesen. Der Ausschuss könne doch keinen Blankocheck ausstellen. Wenn die ASEAG Busse bestelle, sei das bindend. Sie glaube auch nicht, dass der Finanzausschuss das entscheiden kann; es müsse sich auch im Haushalt abbilden lassen. Man könne nur die Vorberatung durchführen.

Frau Dr. Driessen stellt richtig, sie habe nicht gesagt, dass sie morgen schon Busse bestellen werde, sondern man wolle mit den Planungen anfangen oder Maßnahmen, z. B. Anschreiben und Unterlagen vorbereiten, auch für eine Personalplanung. Aber dafür brauche man den Beschluss des Ausschusses.

Herr Hecker merkt an, er habe das Gefühl, dass die Bezirksvertretungen (BV) nicht ernst genommen werden. Er fragt, warum die BV nicht einbezogen werden.

Er richtet an Frau Dr. Driessen eine Frage, die sie beantwortet. Bei Haaren Clever Mobil seien noch mal Fördertöpfe beantragt worden. Wenn diese da seien, wolle man beginnen. Man sei schon sehr weit mit den Ausschreibungsunterlagen. Mit dem Netliner könne man gestaffelt starten; es sei sowieso ein Projekt, bei dem man die Bürger massiv beteiligen wolle.

Herr Servos erklärt, klar sei der Wille zu finanzieren. Die Frage der Art der Finanzierung, z. B. ob man Steuern erheben wolle, sei noch nicht geklärt. Es bestehe eine komplett neue Situation: steigende Kosten, Inflation etc. Man müsse eine neue Bewertung der Prioritäten festlegen. Das sei der Grund, warum man Schwierigkeiten sehe, niemand könne das absehen, außer dass es gewollt sei. Für vorbereitende Maßnahmen könnte evtl. für die ASEAG der Beschluss ergänzt werden.

Herr Hofmann ist der Meinung, der Ausschuss solle heute möglichst so beschließen, dass gearbeitet werden kann. Bei Busbestellungen gebe es lange Vorlaufzeiten.

Herr Fischer schlägt vor, eine Pause einzulegen.

Während auch Herr Achilles es begrüßt, eine Sitzungsunterbrechung einzulegen, sieht Frau Breuer die Gefahr, alles zu zerreden.

Die Vorsitzende Frau Wenzel setzt eine fünfminütige Sitzungsunterbrechung fest; um 20.05 nimmt der Ausschuss die Beratungen wieder auf.

MA/18/WP18

Ausdruck vom: 22.11.2022

Seite: 18/30

Sie liest den in der Sitzungspause ausgehandelten gemeinsamen Beschlussentwurf vor und stellt ihn zur Abstimmung.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung und der ASEAG zur Kenntnis und beschließt, die in der Vorlage dargestellten ÖPNV-Maßnahmen, vorbehaltlich *der begleitenden Fortschreibung des Nahverkehrsplans, der Zustimmung des Finanzausschusses und unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Bezirksvertretungen sowie der Bereitstellung der notwendigen Mittel durch den Haushalt 2023, zum Fahrplanwechsel im Juni 2023 umzusetzen.*

Die bereits beschlossenen und finanzierten Maßnahmen sollen umgesetzt werden.

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführung zur Finanzierung mit dem Ziel verbindlicher Beschlüsse zur Haushaltsplanung 2023 zur Kenntnis *und beauftragt die Verwaltung, ein Finanzierungskonzept unter Berücksichtigung des Gesamthaushalts zu erstellen und dieses dem Arbeitskreis ÖPNV-Finanzierung des Finanzausschusses zur weiteren Beratung vorzulegen.*

Der Mobilitätsausschuss fordert die ASEAG auf, mit der Vorbereitung der Umsetzung der Maßnahmen zu beginnen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 1 Enthaltung

zu 12 IKS 2020: Verstärkung Betriebliches Mobilitätsmanagement ("Aachen clever mobil")

Vorlage: FB 61/0431/WP18

Dieser TOP wird gemäß Beschluss in TOP Ö.1 vertagt.

zu 13 Optimierung der Ampelschaltungen an Premiumfußwegen

Antrag der Fraktion Die Linke vom 2.9.21

Vorlage: FB 61/0376/WP18

Es ergeht der folgende

Beschluss:

MA/18/WP18

Ausdruck vom: 22.11.2022

Seite: 19/30

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 14 Dauffenbachstraße

Abrechnung der Erschließungsanlage gemäß §§ 127 ff. Baugesetzbuch (BauGB) zum Zwecke der Erhebung von Erschließungsbeiträgen

Vorlage: FB 60/0053/WP18

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Abrechnung der Erschließungsanlage „Dauffenbachstraße“ zum Zwecke der Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach §§ 127 ff. Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit der Satzung der Stadt Aachen über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 12. März 1968 in der Fassung des 8. Nachtrages vom 01.02.2021 (EBS).

Finanzielle Auswirkungen

PSP 5-120102-900-02900-160-1, Kostenart 68870000 Erschließungsbeiträge

Maßnahmenbezogene Einnahmen

5.547,62 € Beiträge gem. §§ 127 ff. Baugesetzbuch (BauGB)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 15 Südstraße

von Boxgraben bis Reumontstraße/Mozartstraße

Abrechnung der als Haupterschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage gemäß § 8 KAG zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen

Vorlage: FB 60/0056/WP18

Es ergeht der folgende

Beschluss:

MA/18/WP18

Ausdruck vom: 22.11.2022

Seite: 20/30

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Abrechnung der als Haupterschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage „Südstraße von Boxgraben bis Reumontstraße/Mozartstraße“ zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG in Verbindung mit der städtischen Ausbaubeitragssatzung vom 11.12.2015 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2019 (SBS).

Finanzielle Auswirkungen

PSP 5-120102-900-02900-160-1 Kostenart 68870000 Erschließungsbeiträge

Maßnahmenbezogene Einnahmen

94.599,77 € Beiträge gem. § 8 KAG

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 11.12.2019 reduziert sich dieser Betrag auf **47.299,89 €**.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 16 Lothringerstraße von Richardstraße bis Wilhelmstraße

Abrechnung der als Haupterschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage gemäß § 8 KAG zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen

Vorlage: FB 60/0057/WP18

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Abrechnung der als Haupterschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage „Lothringerstraße von Richardstraße bis Wilhelmstraße“ zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG in Verbindung mit der städtischen Ausbaubeitragssatzung vom 11.12.2015 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2019 (SBS).

Finanzielle Auswirkungen

PSP 5-120102-900-02900-160-1 Kostenart 68870000 Erschließungsbeiträge

Maßnahmenbezogene Einnahmen

193.106,08 € Beiträge gem. § 8 KAG

Im Rahmen des Beitragsverfahrens kann die Stadt Aachen einen Förderantrag zur hundertprozentigen Entlastung der Beitragspflichtigen gemäß Ministerialerlass stellen. Über die Bewilligung entscheidet die NRW.Bank.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 17 Fortschreibung Straßen-und Wegekonzept Stand Mai 2022

Vorlage: FB 60/0058/WP18

Herr Schuster teilt mit, dass auf Seite 7 des Konzepts folgende Fehler vorliegen:

- Es handelt sich nicht um Punkt a), sondern um b).
- In der 1. Zeile muss das Wort „nicht“ gestrichen werden.

Die korrigierte Seite liegt auch als Tischvorlage aus und ist als Anlage zur Niederschrift eingestellt.

Herr Hecker stellt eine Nachfrage zur geplanten, voraussichtlich beitragspflichtigen Straßenbaumaßnahme "Auf der Hüls im Abschnitt zwischen Hofenbornstraße und Akazienstraße", die Frau Strehle im Nachgang per Mail beantwortet:

Das Vorhaben Auf der Hüls sei ebenso wie die geplante Straßenbaumaßnahme in der Akazienstraße Bestandteil der Radvorrangroute Aachen-Haaren, für die in dieser Trasse eine Fahrradstraße eingerichtet werden soll. Beide Straßenbaumaßnahmen würden in der Planungsrealität als ein Vorhaben geplant und umgesetzt. Allerdings erfordere die Systematik des Straßen- und Wegekonzeptes die Auflistung der betroffenen Straßenabschnitte jeweils einzeln in alphabetischer Reihenfolge. Dadurch wirke das Vorhaben "Auf der Hüls" gegebenenfalls missverständlich prominent.

Die Straße auf der Hüls werde im Rahmen der Einrichtung der Radvorrangroute Haaren auf einer Länge von ca. 30 Metern gekreuzt. Nur um diesen Abschnitt zwischen Akazienstraße und Hofenbornstraße gehe es.

Der Sachstand zur Planung und Umsetzung der RVR Haaren sei der Bezirksvertretung in ihrer Sitzung vom 09.03.2022 vorgestellt worden.

Die Präsentation sei zur weiteren Hintergrundinformation ebenfalls eingestellt.

Es ergeht der folgende

MA/18/WP18

Ausdruck vom: 22.11.2022

Seite: 22/30

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Straßen- und Wegekonzept nach § 8a Abs. 1 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 18 Sachstand Unterflurcontainer;

**hier: Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Aachen vom 6.9.2021;
Ratsantrag vom 17.9.2019 der Fraktion Die Linke „Neugestaltung von Plätzen und
Straßen mit Unterflurcontainern“**

Vorlage: FB 61/0239/WP18

Herr Dr. Nositschka dankt im Namen der Fraktion Die Linke für die Vorlage. In den Niederlanden und in Frankreich gebe es diese überall. Er stellt einen Antrag auf Ergänzung des Beschlussvorschlags: „Der MoA beauftragt die Verwaltung, die exakten Mehrkosten mit dem DSD zu klären sowie exemplarisch bei einer der anstehenden Platzumgestaltungen die Umbaukosten zu kalkulieren und dem MoA vorzustellen.“

Herr Fischer schließt sich im Namen seiner Fraktion Grüne dem Antrag an und verweist auf andere Städte und Länder.

Herr van den Hurk findet den Antrag sehr interessant und sei auch im verkehrspolitischen Sinne durchaus förderlich.

Aufgrund der Frage des Herrn Ferrari, inwieweit der Aachener Stadtbetrieb zuständig ist, weist Frau Strehle auf den Betriebsausschuss Aachener Stadtbetrieb hin.

Für ein gesamtstädtisches Konzept bedürfe es einer rechtlichen Grundlage, das sei nicht von heute auf morgen umsetzbar. Wie in der Verwaltungsvorlage ausgeführt, könnte in einzelnen konkreten Umbauprojekten die Umsetzbarkeit geprüft werden, insbesondere bezüglich der Kosteneinplanung im städtischen Haushalt.

Herr Ferrari erklärt, der Ausschuss könne das beschließen und an den zuständigen Fachausschuss verweisen.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung, den Erweiterungsvorschlag des Herrn Dr. Nositschka und die Eingabe des Herrn Ferrari abstimmen.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung, die exakten Mehrkosten mit dem DSD zu klären sowie exemplarisch bei einer der anstehenden Platzumgestaltungen die Umbaukosten zu kalkulieren, dem Mobilitätsausschuss vorzustellen und an den zuständigen Fachausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 19 Sachstand Brücke Turmstraße

Herr Müller hält einen Vortrag zu TOP 19 und 20 wegen des Sachzusammenhangs, der auch als Anlage zur Sitzung einsehbar ist.

Frau Wenzel dankt für den Vortrag und die sehr anschaulichen Graphiken.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**zu 20 Reallabor Templergraben, hier: Öffnung zur Aufrechterhaltung des Verkehrsflusses
TO-Antrag der CDU-Fraktion vom 01.06.2022**

Der Vortrag des Herrn Müller ist als Anlage zur Sitzung einsehbar.

Herr Achilles dankt für den ausführlichen Vortrag. Es habe an einigen Stellen gewackelt, aber jetzt gebe es Pläne, damit es technisch anders gelöst werden kann (z. B. Ampel, Dauerblitzgerät). Er kritisiert, dass jetzt schon zum dritten Mal über den Templergraben und die Vaalser Straße diskutiert werde. Es gebe nun Fakten von Ingenieurbüros, aber das, was die CDU fordere, wäre zum Schaden der Stadt. Er fragt, warum diese die sachlichen Fakten nicht wahrhaben wolle. Er finde, man müsse diese zur Kenntnis nehmen und das tun, was der Stadt nützt.

Frau Breuer weist den Vorwurf entschieden zurück. Die CDU habe den Antrag gestellt, weil Briefe sie erreicht hätten, z. B. von Geschäftsleuten, die keine Kunden mehr haben. Ihre Fraktion habe den Unmut, der da sei, nur aufgegriffen und den Antrag gestellt, weil sie es für richtig halte.

Herr Lindemann fügt ergänzend hinzu, die Verwaltung sei unschuldig aber die Politik müsse den Kopf dafür hinhalten und müsse sich erklären, z. B. bei der Sperrung des Templergrabens zusammen mit der Turmstraße. Die Bürger würden fragen, die Politiker müssten darauf Antwort geben, auch zur Dauer der Sperrung. Wie Frau Breuer schon gesagt habe, steige der Unmut. Es werde immer noch polarisiert und er habe die Befürchtung, dass die Verkehrswende daran scheitert. Man könnte doch z. B. den Templergraben für die Dauer der Bauphase öffnen.

Herr Blum findet, Herr Müller habe dem Ausschuss deutlich gesagt, wie gut es klappt und dass der Verkehr sogar noch zurückgegangen sei. Die Erklärung könne er geben. Er wohne in einem Außenbezirk. Die Leute sagen, sie würden nicht mehr in die Stadt fahren. An den Geschäften würden Schilder hängen, dass sie geschlossen sind. Selbst in den Niederlanden und Belgien heiße es, man könne nicht mehr nach Aachen fahren. Man könne sich dann über eine ruhige Innenstadt freuen, aber Geschäfte gebe es nicht mehr - auch keine Steuereinnahmen.

Herr van den Hurk ist der Meinung, dass man respektvoller miteinander umgehen sollte, es sei offenkundig, dass man verschiedener Meinung ist. Klar sei, dass es die Baustelle Turmstraße gibt. Der Gutachter habe empfohlen, den Templergraben zu schließen. Es sei klar gewesen, dass es Unannehmlichkeiten geben kann. Da gebe es eben auch Kehrseiten. Interessant sei, dass es weniger PKW-Verkehr, aber mehr Radverkehr gebe.

Er richtet an die Verwaltung die Frage, ob es eine neue Entwicklung zur Situation gibt oder ob das vom Verkehrsplanungsbüro voraus gesagte eingetreten ist.

Herrn Müller sei wichtig darzustellen, dass die Sache nicht konfliktfrei ist. Auch für die Verwaltung sei es unangenehm, denn auch zu ihr kämen die Geschäftsleute. Aus der verkehrsfachlichen Situation gebe es keinen Anlass, der ein Handlungserfordernis begründen würde, es sei denn als politischen Auftrag.

Auch Herr Servos berichtet, an ihn werde herangetragen, dass die Stadt schlecht zu erreichen sei, unabhängig vom Templergraben. Er zweifle daran, dass es am Reallabor liegt. Wenn man über das Umleitungskonzept Turmstraße rede, werde vorgesehen, dass die Sperrung des Templergrabens

notwendig ist, weil er ansonsten bei Öffnung den Andrang nicht verkraften würde. Es gebe einen Auftrag für die Öffnung nur dann, wenn es der Verkehr erforderlich mache.

Er könne gerne zu Protokoll geben, dass regelmäßig geprüft werde.

Das Umleitungskonzept sei nicht politisch begründet und die Turmstraße sei auch ohne Reallabor gesperrt worden, weil es eben zum Konzept gehöre. Die Politiker müssten damit umgehen, aber er würde sich schon eine bessere Kommunikation wünschen. Tatsache sei auch, dass die Anwohner die größte Last tragen müssten. Daran müsse gearbeitet werden, auch z. B. an einer Elternhaltestelle, so etwas sollte schnell geprüft und umgesetzt werden.

Er sei davon überzeugt, dass die Sperrung des Templergrabens richtig ist.

Herr Hofmann findet, zu politischer Größe gehöre es auch, Fehler einzugestehen. Er glaube nicht, dass der Templergraben zum Konzept gehöre. Man könne doch versuchsweise den Templergraben öffnen und sehen, was passiert.

Frau Wenzel möchte an das Verkehrsingenieurbüro erinnern, es begleite und unterstütze die Verwaltung weiterhin.

Herr Dr. Nositschka schließt sich den Ausführungen des Herrn van den Hurk und des Herrn Servos an. Er erinnert an den Gutachter, der habe durchklingen lassen, dass er nicht gerade ein Fan der Sperrung sei, trotzdem habe er sie aus sachlichen Gründen empfohlen.

Es stehe jedem frei, nach der Sperrung des Templergrabens erneut eine Öffnung zu beantragen, er bitte aber, jetzt eine Sperrung zu befürworten.

Herr Pilgram stellt fest, die teilweise schlechten Prognosen seien nicht eingetroffen, die Turmstraße bereite offensichtliche nicht so große Probleme. Es habe sich gezeigt, dass das Gutachten funktioniere.

Herr Servos weist darauf hin, dass es um eine Baumaßnahme gehe; es sei keine ideologische Entscheidung, sondern das Ergebnis eines Gutachtens. Es sei ein konkreter Auftrag an die Verwaltung erteilt worden, kontinuierlich zu prüfen, ob geöffnet werden soll.

Herr Lindemann ist der Meinung, man brauche eine Beschlussformulierung und schlägt folgenden Wortlaut vor:

„Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Templergraben für die Dauer der Baumaßnahmen zu öffnen.“

MA/18/WP18

Ausdruck vom: 22.11.2022

Seite: 26/30

Die Vorsitzende Frau Wenzel lässt hierüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird abgelehnt bei 6 Zustimmungen.

zu 21 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen folgende Mitteilungen der Verwaltung schriftlich vor, die auch als Anlage zur Niederschrift einsehbar sind:

- Beschilderung der Rad-Vorrang-Routen Eilendorf, Campus Melaten und Brand
- Europäische Mobilitätswoche 16.- 22. September
- Bürger*inneninformation Lothringerstraße
- Bewohnerparkzonen Ost 1 & Ost 3

Frau Strehle erläutert die Mitteilungen kurz.

Des Weiteren berichtet Frau Strehle mündlich über das Gutachten Quartiersparken

-> Eckdaten / Sachstand / Zeitschiene gemäß Prioritätenliste.

Die Folien sind ebenfalls als Anlage zur Sitzung einsehbar.

zu 22 Sachstand zum Ratsantrag "Neugestaltung der Hartmannstraße" vom 23.01.2020

Antrag zur Tagesordnung der Fraktion Die Zukunft vom 08.06.2022

Herr Müller nimmt Stellung zum Sachstand.

Diese Frage sei im Hinblick darauf, was am Theater entsteht, in der Tat noch nicht beantwortet worden.

Im Zuge der Umbaumaßnahmen müsse die Hartmannstraße tatsächlich beteiligt werden.

Sie solle im Hinblick auf Klimaresilienz, Aufenthaltsqualität, Behindertengerechtigkeit usw. in das Gesamtkonzept eingebunden werden.

Es sei kein prioritäres Thema, stehe aber auf der Agenda.

Herr Achilles dankt für den Bericht; das höre sich positiv an und sei im Sinne seiner Fraktion, die den Antrag gestellt habe.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 21.21 Uhr.